

# “Karlsruhe wehrt sich” am 5. Mai 2017

Erarbeitet von Mitgliedern des *Karlsruher Netzwerks gegen Rechts*  
ka-gegen-rechts.de (Mediencenter)



Nach dem Skandal vom 11. März 2017 wurde uns bei der vergangenen Demonstration, am 22. April 2017, erneut die Durchführung der Versammlung vor dem BVG verwehrt, trotz Bescheid. Diesmal mit der höchst skurrilen Begründung, die Straße, die auf Google, allen Karten und durch zwei Straßenschilder als 'Waldstraße' deklariert war, sei einfach nicht die Waldstraße. Einige Tage später kam dann das schriftliche Eingeständnis per Mail: Es wäre also doch die Waldstraße gewesen, man hätte da einen Fehler gemacht und würde das zukünftig "berücksichtigen". Na schön, dann probieren wir das also gleich nochmal! Wir wollen den Protest dort hin tragen, wo er hingehört: Vor das höchste Gericht. Und wir geben nicht nach.

Insgesamt handgezählte 23 Personen waren diesem Aufruf von Ester Seitz und ihrem Orgateam gefolgt: Etwa fünf von ihnen waren neu dabei: Sie gehörten zum Fanclub des zweiten Redners ("David") und fielen beim Spaziergang durch die tiefschwäbisch skandierte Parole "Für uns're Freiheit, für uns're Kinder" auf.



In ihrer Eröffnungsrede ging Ester Seitz auf die Karlsruher Polizei ein, die sich am 22. April geweigert hatte, die Straße vor dem Amtsgericht als einen Teil der Waldstraße anzuerkennen. Und nachdem das Ordnungsamt Ende April bestätigt hatte, dass diese von der Polizei an jenem Abend vertretene Auffassung falsch gewesen sei, habe Ester Seitz "Anzeige gegen den verantwortlichen Polizeiführer" gestellt.

Claus-Peter Tabellion von der *AfD Rheinland-Pfalz* war der erste Redner. Er beklagte ausführlich Verflechtungen von TV, Printmedien und Politik. Parallel beanstandete er Verflechtungen von Parteien (SPD und GRÜNE) mit Gewerkschaften. Beispielsweise thematisierte er das Antipegida-Engagement des *DGB* in Frankfurt: Im Jahr 2015 etwa habe "die Antifa" im Beisein von Jutta Dittfurt "im *DGB*-Haus Blockadeaktionen gegen *Pegida* geübt. Sein abschließender Kommentar dazu: "Also, entarteter geht nicht mehr".

Der zweite Redner, "David", befestigte vor seiner Rede die Titelseite der aktuellen Ausgabe der *UN (Unabhängige Nachrichten)* am Redepult (und bot hinterher Exemplare zum Verkauf an) ... Die *UN* ist laut Wikipedia „eine "rechtsextreme Monatszeitschrift mit dem Untertitel 'Nachrichtendienst und Mitteilungsblatt unabhängiger Freundeskreise', die seit 1969 erscheint und bundesweit vertrieben wird". Die Auflage wird auf 10.000 Exemplare geschätzt.<sup>1</sup>

Nach Einschätzung des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalen „befassen sich die *UN* schwerpunktmäßig mit Artikeln, welche die Kriegsschuld Deutschlands leugnen, die Verunglimpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung beinhalten und die angeblich fortdauernde ‚Umerziehung‘ der Deutschen durch die alliierten Siegermächte anprangern. Einzelne veröffentlichte Artikel stammen aus der Feder bekannter oder ehemals aktiver Neonazis“. Weitere Standardthemen sind die Relativierung der deutschen Kriegsverbrechen sowie die „multikulturelle Gesellschaft“ oder die „Überfremdung“. Als Autoren können u.a. Günter Deckert [...] und Frank Rennie angeführt werden. In den letzten Jahren fand ein Generationswechsel innerhalb der Redaktion und des Autorenkreises statt, und jüngere Aktivisten aus dem Umfeld der NPD und der militanten Neonazi-Szene übernahmen das Ruder, ohne jedoch die Inhalte wesentlich zu verändern. Die publizistische Gestaltung zahlreicher Artikel in den *UN* folgt stets dem gleichen Muster: Aktuelle und historische Aussagen bzw. Artikel oder Interviews aus der Tagespresse und aus Archiven oder anderweitigen Medien werden für einen unbefangenen Leser neutral wiedergegeben, die in der Gesamtdarstellung dann jedoch in die eigentlich gewollte politische Aussage einfließen. Durch die assoziative Verknüpfung der grundlegenden abstrakten Komponenten rechtsextremistischer Angsttheorien von Kulturimperialismus, Plutokratie, Zionismus und aggressivem Globalismus als vermeintlichem Ausgangspunkt der weltpolitischen Problemfelder suggeriert die *UN* ein unmittelbares Bedrohungspotenzial, das durch permanente Hinweise auf angeblich ungerechtfertigte Zahlungen Deutschlands an ausländische Personen und Organisationen um einen behaupteten ursächlichen Zusammenhang mit der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Situation erweitert wird und damit für den Einzelnen konkrete Formen annimmt.

"David" beschäftigte sich in seiner Rede mit "den Politikern, die sich einen Dreck um die Leute scheren" würden: Man habe "den Deutschen die D-Mark gestohlen" und man "überflute das Land mit Ausländern". Aber beide, die Deutschen und die "Ausländer" seien "Opfer einer falschen Weltpolitik, eines globalen Raubtierkapitalismus". Das sei die Ursache für erzwungene arbeitsbedingte Mobilität bishin zu weltweiten Migrationsbewegungen - "auch schon vor diesem Asylmissbrauch". Verstärkt werde diese Entwicklung durch unzählige weltweite Kriege, verursacht von den "Kriegemachern", die dann selbst aber keine Flüchtlinge aufnehmen würden. Explizit nannte er die USA, die er beschuldigte, ihren Atommüll mittels Weiterverarbeitung zu Uranmunition zu entsorgen. Gegen Ende seiner Rede outete sich "David" als reichsbürgernah: Deutschland sei noch immer von den Westalliierten besetzt ("die Russen [seien] mit Mann und Maus aus der ehemaligen DDR abgezogen"), eine "Umerziehung" sei im Gange und es gebe "seit 72 Jahren keinen Friedensvertrag" und keine Souveränität.

Der folgende Spaziergang in Richtung BVG endete erneut vor dem Amtsgericht: Man war zwar zehn Meter weiter in den Befriedeten Bezirk als am 22. April hineingekommen, jedoch wieder nicht bis auf die Kurve, wo die Waldstraße nach rechts abknickt. Diesmal allerdings ohne Beteiligung von Karlsruher Behörden: Das Bundesinnenministerium, das für den Befriedeten Bezirk rund um das BVG zuständig ist, habe das so entschieden gehabt. Und Ester Seitz räumte ein, dass man ihr zu verstehen gegeben habe, dass die Waldstraße Höhe Amtsgericht für alle Zeiten die Grenze bei Demos von "Karlsruhe wehrt sich" sein werde. Aus diesem Grund

---

<sup>1</sup> <http://www.fk-un.de/UN-Nachrichten/index.htm>

werde sie ab jetzt für ihre Zwischenkundgebungen immer jenen Platz außerhalb des Befriedeten Bezirks gegenüber des BVG anmelden, den “die Linken und die Antifa” in den letzten Jahren für die Gegendemos angemeldet und zugesprochen bekommen hatten .... Es bleibt also spannend.



- 1 Zwischenkundgebung von “Karlsruhe wehrt sich” im Befriedeten Bezirk am 5. Mai 2017.
- 2 Zwischenkundgebung von “Karlsruhe wehrt sich” im Befriedeten Bezirk am 22. April 2017.
- 3 Die erste Kundgebung von “Karlsruhe wehrt sich” im Befriedeten Bezirk im Herbst 2016
- 4 Kurve vor der BVG-Zufahrt.
- 5 Ort der Gegenkundgebungen

Beim BVG (Standort 5) warteten bereits etwa 100 Gegenprotestierende, die auf parallelen Routen vom Stephanplatz aus gefolgt waren. Die Gegenkundgebung hatte zum Motto: “Du bist, wo die Waldstraße ist”.

Bei der Zwischenkundgebung hielt Ester Seitz eine Rede, in der sie darlegte, wie man in Köln versuche, sie “juristisch fertigzumachen”. Es werde im August zu zwei Prozessen kommen: Zum einen geht es um ein Mobilisierungsvideo zu einer Demo im Januar 2017, das Ester Seitz im Kölner Dom zeigt. Zum anderen geht es um den Vorwurf, Ester Seitz sei als Kundgebungsleiterin in Köln Mitte 2016 dringlichen Aufforderungen der Polizei nicht nachgekommen.



Im ersten Prozess gehe es um den Vorwurf, Ester Seitz habe durch die im Video getroffenen Aussagen über Flüchtlinge die “Persönlichkeitsrechte des Doms verletzt”, da die im Video “angeschlagenen rechtsradikalen Töne” der katholischen Kirche untergeschoben werden würden: Man befürchte seitens der Kirche durch das Video einen “Imageschaden”, da die dort von Ester Seitz getroffenen Aussagen mit einem christlichen “Selbstverständnis” nicht zu vereinbaren seien. Im zweiten Prozess wird Ester Seitz vorgeworfen, sie habe am 31. Juli bei einer Demo in der Kölner Innenstadt auf eine Lautsprecherdurchsage der Polizei, in welcher die Auflösung jener Kundgebung verkündet worden sei, als Kundgebungsleiterin nicht reagiert. Ester Seitz gab an, sie habe die Durchsage vor lauter Lärm und allgemeiner Hektik nicht gehört ... und mit ihr persönlich habe keinE PolizistIn gesprochen. Nun werfe man ihr “die Fortführung einer aufgelösten Versammlung vor”. Im Falle einer Verurteilung beim zweiten Prozess sähe Ester Seitz ihre Zukunft als Demo-Organisatorin beendet.

Die beiden Prozesse sind für Ester Seitz ein deutlicher Beweis für den Fortschritt der "Diktatur in Deutschland", die alles Patriotische zu kriminalisieren trachteten. Und am Ende der Kundgebung kam Ester Seitz auf die Zukunft von "*Karlsruhe wehrt sich*" zu sprechen: Es gebe noch "drei Termine bis Ende Juni" (15.05/10.06/26.06) bis zu einer "Sommerpause", in der sie sich den "juristischen Angriffen des Establishments" stellen werde ... Nach den Bundestagswahlen im September werde es "im Herbst dann in irgend einer Form in Karlsruhe weitergehen".